



Satzung

Stiftung Wings of Hope Deutschland

Präambel

Die Stiftung Wings of Hope Deutschland ist dem Erbe verpflichtet, wie es die Präambel der evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau formuliert:

„Die evangelische Versöhnungskirche in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Dachau ist aus der Initiative ehemaliger Häftlinge aus den Niederlanden und anderen europäischen Ländern, auch aus Deutschland, mit Unterstützung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland errichtet worden.

Das Erbe von Täterschaft, Anpassung und Widerstand im Nationalsozialismus und die Erinnerung daran geben der Versöhnungskirche einen unverwechselbaren Charakter. Als ein Ort der Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Protestantismus im Nationalsozialismus dient sie in ökumenischer Zusammenarbeit der Besinnung auf die Verantwortung der Christen für eine menschenwürdig gestaltete Zukunft.“

Dieses Vermächtnis ist bisher schon Grund der Versöhnungsarbeit von Wings of Hope in den Niederlanden. Der Impuls für diese erste Stiftung war im April 1994 vom Kuratorium der Dachauer Versöhnungskirche gegeben worden. Im Mai 1994 wurde die unabhängige Stiftung Wings of Hope in den Niederlanden nach niederländischem bürgerlichem Gesetz in Wassenaar gegründet. Wings of Hope in den Niederlanden engagiert sich seither für die Überwindung von Kriegstraumata bei Kindern und Jugendlichen im ehemaligen Jugoslawien. Bis 2002 nahm das Evangelisch-Lutherische Dekanat München treuhändlerisch die Rechtsträgerschaft für die Arbeit der Stiftung Wings of Hope in den Niederlanden in Deutschland wahr.

Die Gründung der Stiftung Wings of Hope Deutschland geschieht im Einvernehmen mit Wings of Hope in den Niederlanden. Durch den Aufbau internationaler Schwesterstiftungen soll ein Ausbau der Versöhnungsarbeit möglich werden. Die Gründung der Stiftung Wings of Hope Deutschland wurde befördert durch den Beschluss der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom November 1999, humanitäre Arbeit mit Menschen aus Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo finanziell zu unterstützen.

So weiß sich die Stiftung Wings of Hope Deutschland in besonderer Weise dem Vermächtnis der ehemaligen Häftlinge von Dachau verpflichtet, neue Impulse der Versöhnung zwischen Völkern und Generationen zu geben. Die Stiftung will mit ihrer Versöhnungsarbeit zudem das Anliegen der weltweiten ökumenischen Dekade „Gewalt überwinden“ umsetzen und damit einen Beitrag leisten zu einer friedlicheren Welt.

§ 1

Name, Sitz und Zweck

- (1) Die Stiftung Wings of Hope Deutschland mit Sitz in München ist eine rechtsfähige kirchliche Stiftung des bürgerlichen Rechts im Sinne des Art. 21 und Art. 1 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Stiftungsgesetzes. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige und gemeinnützige Zwecke des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Zweck der Stiftung ist pädagogisch-therapeutische Arbeit im In- und Ausland mit Menschen, in erster Linie mit Kindern und Heranwachsenden, die durch Kriege oder Bürgerkriege, aber auch durch andere Formen von Gewalt traumatisiert worden sind. Die Stiftung unterstützt damit ausschließlich und unmittelbar bedürftige Personen. Mit ihrer Arbeit fördert die Stiftung bei diesen Personen – insbesondere in Nachkriegssituationen – die Fähigkeit zu friedensstiftendem und versöhnlichem Handeln durch die Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen. Die Stiftung dient damit in ihrer Arbeit sowohl der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens als auch der Völkerverständigung.

Um diesen Zweck zu erreichen,

- ermöglicht die Stiftung bedürftigen traumatisierten Menschen im In- und Ausland qualifizierte therapeutische Hilfe;
 - errichtet die Stiftung therapeutische Zentren;
 - qualifiziert und beschäftigt die Stiftung Therapeuten und Therapeutinnen, Seelsorger und Seelsorgerinnen, Pädagogen und Pädagoginnen und andere Berufsgruppen, die unmittelbar mit traumatisierten Menschen arbeiten.
- (3) Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 2

Grundstockvermögen

- (1) Das Stiftungsvermögen besteht aus:
 - Geldvermögen in Höhe von 75.000,00 €,
- (2) Das eingebrachte Stiftungsvermögen ist unangreifbares Grundstockvermögen.
- (3) Das Stiftungsvermögen soll durch Zustiftungen erhöht werden.
- (4) Das Stiftungsvermögen ist nach den Grundsätzen einer sicheren und wirtschaftlichen Vermögensverwaltung anzulegen.

§ 3

Treuhandstiftungen

Die Stiftung kann im Rahmen des Stiftungszweckes als Dachstiftung unselbständige Stiftungen treuhänderisch verwalten.

§ 4
Mittelverwendung

- (1) Die Stiftung erfüllt ihre Aufgaben
 - aus den Erträgen des Stiftungsvermögens,
 - aus Zuwendungen, soweit sie von der oder dem Zuwendenden nicht ausdrücklich zur Stärkung des Grundstockvermögens bestimmt sind,
 - aus Zuschüssen und Fördermitteln,
 - mit dem Betrieb der Labenbachhof gGmbH.Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
- (2) Im steuerrechtlich zulässigen Umfang sollen Einnahmen der Stiftung einer freien Rücklage oder dem Grundstockvermögen zugeführt werden, insbesondere soweit dies erforderlich ist, um dieses in seinem Wert zu erhalten. Die Stiftung darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Unterstützungen, Zuwendungen oder Vergütungen begünstigen.
- (3) Auf die Gewährung des jederzeit widerruflichen Stiftungsgenusses besteht kein Rechtsanspruch.

§ 5
Organe der Stiftung

Organe der Stiftung sind

- der Vorstand
- das Kuratorium.

§ 6
Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens fünf und höchstens acht Mitgliedern und setzt sich zusammen aus:
 - a) der Leiterin bzw. dem Leiter der inhaltlich zuständigen Abteilung des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes München oder einer bzw. einem von ihr bzw. von ihm entsandten Referentin bzw. Referenten des Landeskirchenamtes München
 - b) mindestens vier weiteren Mitgliedern, die die Belange der Stiftung fördern und unterstützen.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes gemäß § 6 Abs. 1 b) werden durch den Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern berufen. Die Mitglieder des Vorstandes werden für die Zeit von drei Jahren berufen. Wiederberufung ist möglich. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, findet unverzüglich eine Nachberufung statt. Die Nachberufung gilt für den Rest der Beru- fungsperiode.
- (3) Der Vorstand führt die Geschäfte und vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er wählt aus seiner Mitte ein vorsitzendes und ein stellvertretendes vorsitzendes Mitglied. Diese haben jeweils Einzelvertretungsmacht. Im Innenverhältnis darf das stellvertretende vorsitzende Mitglied von seiner Vertretungsmacht jedoch nur im Fall der Verhinderung des vorsitzenden Mitglieds Gebrauch machen. Einfache Geschäfte der laufenden Verwaltung erledigt das vorsitzende, im Verhinderungsfall das stellvertretende vorsitzende Mitglied in eigener Zuständigkeit.
- (4) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

